

Grenzen der Eigenwirtschaft gesetzlicher Krankenversicherungsträger

Von

Prof. Dr. Bernd von Maydell

Freie Universität Berlin

und

Prof. Dr. Rupert Scholz

Universität München



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

Inhaltsverzeichnis

Teil A

Problemstellung	11
------------------------	-----------

Teil B

Sozialversicherungsrechtliche Grenzen der Selbstabgabe von Heil- und Hilfsmitteln durch Allgemeine Ortskrankenkassen	13
---	-----------

<i>I. Entwicklung und Streitstand zur kassenmäßigen Selbstabgabe von Brillen</i>	13
<i>II. Der rechtliche Handlungsspielraum der Ortskrankenkassen</i>	15
1. Die Regelung des § 30 SGB IV	15
a) Die Unterscheidung zwischen Geschäft und Aufgabe in § 30 Abs. 1 SGB IV	15
b) § 30 Abs. 1 SGB IV als Nachfolgevorschrift zu § 25 RVO	16
c) Der spezielle Gesetzesvorbehalt für die Geschäfte i. S. des § 30 Abs. 1 SGB IV	17
d) Bestätigung der engen Interpretation des § 30 Abs. 1 SGB IV ..	19
2. Die Bedeutung des § 17 SGB I	20
3. Gang der weiteren Untersuchung	21
<i>III. Die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung der Abgabe von Kas- senbrillen</i>	21
1. Die Abgrenzung von Aufgabe und Geschäft gem. § 30 SGB IV ..	21
2. Keine Ermächtigung für die Schaffung von Selbstabgabestellen im Sozialversicherungsrecht	22
a) Die Aufgabenstellung in § 182 RVO	22
b) § 375 RVO: Keine Ermächtigungsnorm für Brillen	26
c) Gewohnheitsrechtliche Ermächtigung?	27

3. Selbstabgabe durch Krankenkassen als notwendiges Erfüllungsgeschäft?	47
a) Ausgangspunkt für weitere Prüfung	47
b) Der vom Gesetzgeber für die Versorgung mit Brillen vorgesehene Wege	48
c) Zulässigkeit einer Selbstabgabe neben und trotz des Vertragssystems?	51
IV. Die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung der Abgabe von Feinbrillen	55
1. Ausgangspunkt	55
2. Versorgung mit Feinbrillen — keine Aufgabe der Krankenversicherung	56
3. Die Abgabe von Feinbrillen als Verstoß gegen weitere sozialversicherungsrechtliche Grundsätze	59
a) Sachleistungsprinzip	59
b) Versicherungsprinzip und Prinzip des sozialen Ausgleichs	59
c) Aushöhlung des Vertragssystems	61
V. Durchsetzungsmöglichkeiten	63
1. Ausgangspunkt	63
2. Aufsichtsmaßnahmen	64
3. Unterlassungsansprüche gegen die Allgemeinen Ortskrankenkassen	65

Teil C

Verfassungsrechtliche Grenzen der Selbstabgabe von Heil- und Hilfsmitteln durch die Allgemeinen Ortskrankenkassen 68

I. Verfassungsrechtliche Grundfragestellung zur Selbstabgabe von Kas- sen- und Feinbrillen	68
1. Allgemeines	68
2. Selbstabgabe als sozialversicherungsrechtliche Aufgabenerfüllung?	76
3. Selbstabgabe als erwerbswirtschaftliche oder sozialwirtschaftliche Tätigkeit?	77
4. Gleichheit und Ungleichheit im Wettbewerb — Wettbewerbliche Auswirkungen der Selbstabgabe	82
5. Gesetzesvorbehalt, Wirtschaftsverfassung und konkrete Grundrechtskontrolle	86

<i>II. Das Erfordernis gesetzlicher Ermächtigung aus verfassungsrechtlicher Sicht</i>	89
1. Der Gesetzesvorbehalt im SGB und seine verfassungsrechtliche Grundorientierung	89
2. Sozialrechtlicher Gesetzesvorbehalt als umfassender Funktionsmaßstab	91
3. Sozialrechtlicher Gesetzesvorbehalt und wirtschaftliche Konkurrenzbetätigung	100
4. Zusammenfassung	103
<i>III. Selbstabgabe und grundgesetzliche Wirtschaftsverfassung</i>	104
1. Die wirtschaftsverfassungsrechtliche Ordnung des GG	104
2. Staatliche Eigenwirtschaft im System der offenen Wirtschaftsverfassung	106
3. Folgerungen	112
<i>IV. Selbstabgabe und Grundrechte</i>	119
1. Grundpositionen	119
2. Das Grundrecht der gleichen Wettbewerbsfreiheit	120
3. Die Garantie der Berufs- und Gewerbefreiheit aus Art. 12 GG	122
4. Die Eigentumsgarantie des Art. 14 GG	127
5. Zusammenfassung	135
<i>V. Bezüge zum Wettbewerbsrecht und Bilanz</i>	136
1. Doppelnatur staatlicher Wettbewerbsteilnahme und Erfordernis rechtlicher Doppelkontrolle	136
2. Zusammenfassung	140